

TORGE LÖDING

WACHSENDE UNZUFRIEDENHEIT IN COSTA RICA

ERSTMALS CHANCEN FÜR LINKE PARTEIEN BEI DEN WAHLEN 2014

Die Legitimitätskrise von Regierung und politischem System in Costa Rica nimmt neun Monate vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Februar 2014 eine neue Dimension an: Nach einem erneuten Skandal sind unter Präsidentin Laura Chinchilla (von der rechts-sozialdemokratischen Partido de Liberación Nacional, PLN) bereits 14 MinisterInnen und hohe Verwaltungsbeamte zurückgetreten. Mitte Mai erklärte daraufhin der PLN-Fraktionsvorsitzende Bernal Jiménez, dass sich seine Partei weder durch die Präsidentin vertreten fühle noch Verantwortung für deren Handeln übernehmen könne.¹ In einer kürzlich veröffentlichten Studie der Universität von Costa Rica² heißt es zudem, dass 70 Prozent aller BewohnerInnen Costa Ricas mit keiner der politischen Parteien sympathisieren. Es scheint, als könne die politische Linke von dieser wachsenden Unzufriedenheit profitieren.

Noch nie in der Geschichte von Costa Rica – das sich mit seinen 4,5 Millionen EinwohnerInnen gern als die Schweiz Mittelamerikas bezeichnet – hat es so viele Proteste gegen das politische und wirtschaftliche System gegeben wie derzeit. Dies hängt mit der Regierungsübernahme von Laura Chinchilla vor vier Jahren zusammen. Allein im Jahr 2011 wurden 632 Protestmärsche gezählt. Anlass war weniger ein politisches «Superthema», wie um das Jahr 2000 herum die Privatisierung des öffentlichen Konzerns für Telekommunikation und Elektrizität oder 2007 das Freihandelsabkommen CAFTA (Central America Free Trade Agreement) mit den USA. Vielmehr entzündeten sich die vielen Proteste an verschiedenen politischen Unzufriedenheiten und Bedenken. So demonstrierten MotorradfahrerInnen gegen die geplante Erhöhung der jährlichen Zulassungsgebühr, KleinbäuerInnen gegen den Anbau von genverändertem Mais, LGBT-Organisationen³ für das Recht auf sexuelle Diversität und BürgerInnen im ganzen Land in Sorge um das öffentliche Sozialversicherungssystem oder gegen die zunehmende Annäherung der costaricanischen Regierung an den Vatikan.

GOLD UND STRASSEN: ERFOLGE DER BEWEGUNG

Obwohl eine bewusste Koordinierung dieser Proteste fehlte, haben die sozialen Bewegungen in Costa Rica in den vergangenen vier Jahren eine Reihe von Erfolgen erzielt. Der erste große war die Verhinderung der Eröffnung einer geplanten Goldmine in Las Crucitas durch den kanadischen Bergbaukonzern Infinito Gold. Während Laura Chinchillas politischer

Ziehvater, der zweifache Präsident von Costa Rica und Friedensnobelpreisträger Oscar Árias, dieses Vorhaben 2008 noch als im «nationalen Interesse» liegend erklärt hatte, bestätigte der Oberste Gerichtshof im November 2011 die Entscheidung von Chinchilla, das Tagebauvorhaben zu stoppen. Freilich nicht ohne Druck von unten. Seit mehr als zwei Jahrzehnten wehrt sich die Bevölkerung, die am Grenzfluss zu Nicaragua, San Juan, lebt, gegen die Pläne des Konzerns. Zuletzt war daraus eine Umweltbewegung im nationalen Maßstab geworden, welche die öffentliche Meinung auf ihre Seite ziehen konnte. Gegen Árias wurde in diesem Kontext eine Untersuchung wegen Korruptionsverdacht eingeleitet.

Darüber hinaus sorgte der Plan der Regierung, dem brasilianischen Konzern OAS⁴ die Konzession für den Ausbau der Landstraße von San José nach San Ramon im Norden des Landes zu übertragen, für Massenproteste, vier Streiks und Brandanschläge auf dessen Firmengebäude. Die Vorwürfe lauten Korruption und illegitime Privatisierung öffentlichen Eigentums, weil eine Privatfirma die Möglichkeit erhalten soll, die Gewinne für eine mit öffentlichen Geldern finanzierte Straße abzuschöpfen. Zudem, so die Kritik, gab es kein transparentes Ausschreibungsverfahren. Am 22. April verkündete

¹ Vgl. <http://www.lanacion.cl/costa-rica-escandalo-por-viajes-de-presidenta-en-avion-vinculado-al-narcotrafico/noticias/2013-05-16/121847.html>. ² Vgl. <http://www.semanario.ucr.ac.cr/index.php/noticias/pais/9939-costa-rica-enfrenta-importante-vacio-politico-a-9-meses-de-elecciones.html>. ³ LGBT steht für Lesbian, Gay, Bisexual und Transgender. ⁴ Zu den Eigentümern des brasilianischen Konzerns, der auch in Bolivien im Kontext des umstrittenen TIPNIS-Projekts tätig ist, gehören Mitglieder der Familie des brasilianischen Ex-Präsidenten Lula (vgl. <http://www.americaeconomia.com/negocios-industrias/presidente-morales-declara-anulacion-de-contrato-con-oas-por-edificacion-de-vias>).

Präsidentin Chinchilla in einer von allen TV- und Radiosendern des Landes übertragenen Ansprache, dass die Konzession vom Tisch sei.⁵

Ein weiterer Durchbruch ist das Gesetz zum Schutz der Gemeinschaften in den Küstengebieten, bekannt geworden als Ley TECOCOS,⁶ das am 7. Mai dieses Jahres im costaricanischen Parlament verabschiedet wurde und insbesondere auf den Widerstand von Fischerinnen an der Pazifikküste zurückgeht. Dieses Gesetz soll die mehr als 50.000 KüstenbewohnerInnen schützen, die befürchten müssen, aus ihren angestammten Lebensräumen vertrieben zu werden. In den vergangenen Jahren hatten zahlreiche Gemeinden, wie zum Beispiel das Fischerdorf Ostional, einen offiziellen Räumungsbescheid erhalten. Begründet wurde dieser damit, dass es in dem 200 Meter breiten Küstenstreifen liegt, der als Naturpark gilt und nicht bebaut werden dürfe. Gleichzeitig haben internationale Investoren damit begonnen, den Küstenstreifen in unmittelbarer Nachbarschaft mit Residenzen und Touristenressorts (Beispiel Playa Pelada) zu bebauen.

Das Ley TECOCOS sieht vor, in Küstenregionen Konzessionen zum Beispiel für die nichtindustrielle Fischerei, kleine Handwerksbetriebe oder für den Agrartourismus gezielt an die lokalen Fischergemeinden zu vergeben, auch wenn diese dort nach dem Naturschutzgesetz nicht länger siedeln dürfen. Die treibende Kraft in diesem Kampf um Rechte und Anerkennung sind Basiskomitees, in denen vor allem von der Fischerei lebende Frauen eine maßgebliche Rolle einnehmen. Sie sind zu politischen Führungsfiguren geworden, die heute Straßen besetzen, vor laufenden TV-Kameras sprechen und professionelle PolitikerInnen herausfordern. Für sie ist das Gesetz nicht mehr als ein Instrument im weiteren Prozess der kollektiven Selbstorganisation. Das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko unterstützt diesen Prozess seit einigen Jahren und wird ihn auch weiterhin begleiten.

Die Erfolge dieser sozialen Bewegungen haben auch mit der Schwäche der Regierung von Chinchilla und Konflikten innerhalb der herrschenden Klasse hinsichtlich des zukünftigen Kurses des Landes zu tun. Hinter ihnen steckt aber auch ein langjähriger Aufbauprozess, der den Organisationen – trotz einer nur mangelhaften Koordinierung der Kämpfe und des Fehlens einer radikalen linken Partei mit Massenbasis – Kraft und Schlagfertigkeit verliehen hat. Den Basisbewegungen ist es gelungen, zwischen 2000 und 2007 solide Strukturen aufzubauen, die heute politische Erfolge ermöglichen. Das organisatorische Rückgrat der Anti-CAFTA-Bewegung zum Beispiel waren sogenannte Patriotische Komitees, die sich im Jahr 2007 gegründet haben und sich an den Zellen der kommunistischen Partei Vanguardia Popular orientieren.

Vanguardia Popular war 1930 als eine der ersten kommunistischen Parteien Lateinamerikas gegründet worden. Bis zu ihrem Verbot nach dem Bürgerkrieg 1948, in dem mehr als 3.000 kommunistische Milizionäre kämpften, war sie recht einflussreich. Nachdem die FührerInnen des costaricanischen Kommunismus ermordet und vertrieben worden waren, begann Vanguardia mit dem Aufbau einer Untergrundstruktur, die sich heute in den erwähnten Zellen fortsetzt. Seit den 1980er Jahren ist die Partei nun zwar wieder legal, aber es ist ihr nie gelungen, eine Massenbasis aufzubauen oder sich in den ideologischen Auseinandersetzungen im antikommunistisch geprägten Costa Rica mit ihrer Stimme durchzusetzen. Wie mit diesem Widerspruch umzugehen ist, darauf hat die überalterte Vanguardia-Führung zurzeit keinerlei Antwort.

DIE REGIERUNGSPARTEI IST EIN DESASTER

Die Krise der Regierung Chinchilla ist natürlich auch die Krise der Partido de Liberación Nacional (PLN), auch wenn führende Parteifunktionäre dies bestreiten. Gegründet wurde diese der Sozialistischen Internationale angeschlossene Partei nach Ende des Bürgerkriegs im Jahr 1951 durch José Figueres Ferrer, der als Anführer der «Zweiten Republik» gilt. Als «Sozialdemokrat» verankerte «Don Pepe» die zuvor von der katholisch-kommunistischen Allianz beschlossene Sozialgesetzgebung in der Verfassung Costa Ricas und schaffte das Militär ab. Wie in vielen Ländern Lateinamerikas hatte die sozialdemokratisch ausgerichtete PLN nie einen Bezug zum Marxismus oder auch nur einen linken Flügel. Die wirtschaftspolitische Haltung der PLN ist stramm neoliberal. Der XVIII. Bericht zur Lage der Nation⁷ zeigt anschaulich, wie das relative Wirtschaftswachstum Costa Ricas in 2010 und 2011 lediglich einer kleinen wohlhabenden Minderheit zugute kam, während die Armen immer ärmer werden. Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind weiterhin auf einem hohen Niveau. «Fast 290.000 Haushalte leben in Armut (1.140.435 Personen) und etwas mehr als 85.000 Haushalte in extremer Armut»,⁸ das entspricht 336.305 Personen. Das sind ernstzunehmende Größen angesichts einer Gesamtbevölkerung von knapp 4,5 Millionen. Der Bericht weist zudem darauf hin, dass die Regierung Chinchilla im Jahr 2011 die staatlichen Sozialleistungen im Vergleich zum Vorjahr um 0,5 Prozent zurückgefahren hat. Vor allem hat sie bei der öffentlichen Bildung und bei der Armutsbekämpfung eingespart. Auch von dem Ziel, die erste CO₂-neutrale Nation der Welt zu werden, hat sich die Regierung Costa Ricas inzwischen offenbar verabschiedet, denn der Emissionsausstoß des Landes hat in den vergangenen Jahren wieder zugenommen.

Dazu kommen zahlreich Korruptionsskandale und -vorwürfe. Dramatisch ist die Situation der öffentlichen Kranken- und Rentenversicherung CCSS, Stützpfeiler des heute infrage gestellten sozialstaatlichen «Modells Costa Rica». Diese ist seit Monaten wegen hoher finanzieller Verluste und immer schlechter werdender medizinischer Dienstleistungen in den Schlagzeilen. Arzneimittel und medizinisches Gerät werden zu weit überhöhten Preisen eingekauft, ÄrztInnen und Krankenkassenfunktionäre genehmigen sich überhöhte Gehälter, während PatientInnen für dringende Untersuchungen bisweilen monate- oder jahrelang auf einen Termin warten müssen. Die Opposition vermutet dahinter den Plan, das Gesundheitssystem vollständig zu privatisieren. Für öffentliche Empörung sorgte auch der Bau der neuen Uferstraße am Fluss Río San Juan an der Grenze zu Nicaragua: Per Notstandsdekret genehmigte die Präsidentin den Bau der Straße, nachdem der Internationale Gerichtshof in Den Haag entschieden hatte, dass costaricanische GrenzschützerInnen den Fluss nicht mehr befahren dürfen. Der Bau wurde ohne öffentliche Ausschreibung, Planung und Umweltverträglichkeitsprüfung begonnen. Im Sommer 2012 begannen zudem Verfahren wegen Veruntreuung von Wahlkampfgeldern gegen 90 führende PLN-PolitikerInnen, aber auch gegen Mitglieder aller Oppositionsparteien, mit Ausnahme der linken Frente Amplio.

Zwar begann Chinchilla ihre Amtszeit als politische Ziehtochter der Brüder Oscar und Rodríguez Árias. Unterdessen

5 Vgl. <http://www.nacion.com/2013-04-23/EIPais/Gobierno-rompe-concesion-de-carretera-San-Jose-San-Ramon.aspx>. 6 Vgl. <http://www.tourism-watch.de/en/node/1899>. 7 Im Bericht zur Lage der Nation werden jedes Jahr die Forschungsergebnisse einer Gruppe führender WissenschaftlerInnen unter der Aufsicht des Instituts für Verbraucherschutz veröffentlicht (vgl. <http://www.estadonacion.or.cr>). 8 Vgl. <http://www.estadonacion.or.cr>.

hat sie sich aber nicht nur mit diesen beiden mächtigen PLN-Fürsten, sondern auch mit allen anderen wichtigen Strömungen in der Partei überworfen. Sie ist mittlerweile so unbeliebt, dass sogar der neue PLN-Präsidentschaftskandidat und langjährige Bürgermeister der Hauptstadt San José, Johnny Araya, sich unablässig von ihr distanziert.

BRUTALER EINSATZ GEGEN DIE OPPOSITION

Auch gegenüber den sozialen Bewegungen hat die amtierende Präsidentin die Gangart verschärft. Während sich die letzte PLN-Regierung unter Oscar Árias (2006–2010) zumindest den Anschein von Dialogbereitschaft gegenüber der außerparlamentarischen Opposition gegeben hatte, mehrten sich unter Chinchilla gewaltsame Polizeieinsätze, wie sie das Land schon lange nicht mehr erlebt hat. Ein Beispiel ist die brutale Niederschlagung einer friedlichen Demonstration für den Erhalt des öffentlichen Gesundheitssystems am 8. November 2012. Internationale Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Inhaftierung von 45 DemonstrantInnen. Die PolizistInnen setzten ihre Knüppel zudem gegen drei Parlamentarier von den Oppositionsfractionen ein, darunter José María Villalta von der Frente Amplio. Dieser berichtete, dass die Ordnungskräfte ihn verhöhnt hätten, nachdem er sich als Abgeordneter zu erkennen gegeben hatte. Das brutale Vorgehen gegen den Oppositionspolitiker ist auf Video dokumentiert.⁹ In den Folgemonaten kam es zu mehreren Protestmärschen gegen die Polizeigewalt.¹⁰

Der 8. November 2012 reiht sich ein in eine länger werdende Liste von gewalttätigen Einsätzen der Staatsorgane gegen soziale Proteste (zum Beispiel in Puerto Limón, Guacimo) und die damit verbundene Kriminalisierung der sozialen Bewegungen. Es ist zu erwarten, dass dies so weitergehen und eventuell auch noch schlimmer werden wird. So ging Laura Chinchilla bei ihrer TV-Ansprache am 22. April dieses Jahres, bei der sie die Kündigung der Baukonzession für den Konzern OAS bekanntgab, mit der Opposition hart ins Gericht. Diese sei dafür verantwortlich, dass die Straßenverlängerung gescheitert sei. Gleichzeitig kündigte sie an, ein solches Verhalten in Zukunft nicht mehr zu dulden.

AUSSICHTEN VOR DEN WAHLEN 2014

Den meisten Oppositionsparteien fällt es jedoch schwer, von der Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Regierung Chinchilla zu profitieren. Vielmehr ist wahrscheinlich, dass bei den Wahlen im Februar 2014 der Kandidat der jetzigen Regierungspartei PLN, Johnny Araya, gewinnen wird. Denn von den 28,7 Prozent der befragten Wahlberechtigten in der eingangs erwähnten Studie der Universität Costa Rica, die eine Wahlabsicht erklärten, gaben 72,1 Prozent an, für die PLN und ihren Kandidaten stimmen zu wollen. Am zweitbesten würde der Umfrage zufolge die konservative Partido Unidad Social Cristiana (PUSC) abschneiden: Sie könnte mit 13,6 Prozent der Stimmen rechnen. Auch wenn dies eine Steigerung gegenüber den vergangenen beiden Wahlergebnissen darstellen würde, wäre dies weiterhin ein katastrophales Ergebnis für die Partei, die von den 1950er Jahren an bis 2006 immer wieder im Wechsel mit der PLN die Regierung des Landes stellte. Nachdem man drei ihrer Ex-Präsidenten Korruption nachgewiesen hatte, stürzte die damalige Regierungspartei bei den Wahlen im Februar 2006 auf 3,5 Prozent der Stimmen ab und konnte dieses Ergebnis 2010 um gerade einmal 0,3 Prozentpunkte verbessern. Mit dem politisch unerfahrenen ehemaligen Krankenhausdirek-

tor Rodolfo Hernández als Spitzenkandidaten versucht die PUSC nun einen Neustart, der sie aber ziemlich sicher nicht in die Nähe der Präsidentschaft bringen wird.

Die PLN verfügt heute als einzige Partei in Costa Rica über eine gut funktionierende Wahlkampfmaschinerie, die ihre eigene Basis mobilisieren kann, aber auch zu umstrittenen Mitteln greift wie dem Tausch von Lebensmitteln und T-Shirts gegen Wählerstimmen, insbesondere in marginalisierten urbanen und ländlichen Regionen. Manche BeobachterInnen befürchten, dass sich die PLN zu einer autoritären Staatspartei, vergleichbar mit der PRI (Partido Revolucionario Institucional) in Mexiko, entwickeln könnte. Ein politisches Programm hat Johnny Araya neun Monate vor den Wahlen noch nicht präsentiert, seine Kampagnenseite im Internet ist weitgehend ohne Inhalte.

In aktuellen Umfragen kaum noch messbar ist indes die potenzielle Wählerschaft von Otto Guevara, dem Präsidentschaftskandidaten vom Movimiento Libertario (Libertäre Bewegung). Dieser hatte bei den letzten Wahlen als «Saubermann» und «Kandidat der harten Hand» die Öffentlichkeit mit rassistischen Sprüchen schockiert und war als «Gegner des Establishments» mit fast 21 Prozent auf dem dritten Platz gelandet. Was ihm und seiner Partei die Anhängerschaft kostete, war vor allem seine Verwicklung in einen Skandal, bei dem es um die illegitime Verwendung von Wahlkampfgeldern ging.

Knappe Wahlergebnisse hat es in Costa Rica bereits in der Vergangenheit gegeben, auch wenn es bislang noch nie zu einer Stichwahl gekommen ist. Dafür wäre es notwendig, dass kein Kandidat mindestens 40 Prozent der Stimmen erhält. Im Jahr 2006 konnte sich Oscar Árias (PLN) hauchdünn mit 40,9 Prozent vor seinem Herausforderer von der Partei der Bürgeraktion (PAC) durchsetzen. Die PAC war 2002 vom PLN-Dissidenten und ehemaligen Planungsminister Ottón Solís gegründet worden. Seine politische Agenda umfasste den Kampf gegen Korruption und das Versprechen einer Neuverhandlung von CAFTA. Hierfür habe er die besten Kontakte, brüstete sich der Ökonom, der die meiste Zeit des Jahres in Florida lebt und die Demokratische Partei aus den USA als politisches Vorbild hochhält. Seine Strömung hat bis heute jede interne Wahl bei der PAC gewonnen, das könnte sich 2013 aber erstmals ändern.

Nach Niederlagen bei den letzten drei Wahlen (2002, 2006 und 2010) will Solís nicht wieder als Präsidentschaftskandidat antreten. Seine Wunschkandidatin ist die schwarze Frauenrechtlerin Epsy Campbell, eine von aktuell fünf VorkandidatInnen in der Partei. In der Vergangenheit vertrat Campbell den eher linken Flügel in der sozialdemokratisch orientierten PAC. Sie hat sich allerdings in den Augen vieler ehemaliger AnhängerInnen durch politische Abstinenz zwischen den Wahlen und ihre Nähe zu Ottón Solís disqualifiziert. Dieser machte im Vorfeld des Obama-Besuchs in Costa Rica im Mai 2013 von sich reden, als er seine Landsleute aufforderte den «Herrn Präsidenten gebührend zu begrüßen, indem sie ihre Häuser streichen und die Plätze fegen». Im Reigen der PAC-VorkandidatInnen ist nur der Unternehmer Román Macaya noch wirtschaftsfreundlicher als Campbell. Die drei anderen Kandidaten haben ein linkeres Profil: So ist der Soziologe Guillermo Solís ein bekannter linker Intellektueller, der CAFTA massiv kritisiert. Der Abgeordnete Claudio Monge kommt aus der ökologischen Bewegung und ist dieser bis heute eng verbunden.

⁹ Vgl. http://www.youtube.com/watch?v=G8ZnxHuV_PU. ¹⁰ Vgl. <http://otramerica.com/radar/unas-10-000-personas-manifiestan-contra-la-violencia-policial-costa-rica/2610>.

Eine besonders große Hoffnung knüpft die progressive Bewegung in Costa Rica an die Kandidatur von Juan Carlos Mendoza. Der Abgeordnete und ehemalige PAC-Fraktionschef (2010–2011) ist entschiedener Gegner des Neoliberalismus und damit auch von CAFTA. Im Mai 2011 gelang Mendoza ein politischer Schachzug, als er der regierenden PLN für ein Jahr die Kontrolle des Abgeordnetenhauses entzog, indem er eine Allparteienkoalition schmiedete und von dieser zum Parlamentspräsidenten gewählt wurde. Diese Koalition scheiterte ein Jahr später, als die PLN die vier Abgeordneten der konservativen Partido Accesibilidad Sin Exclusion (Partei für Soziales und Rechte der Menschen mit Behinderung, PASE) aus der Allianz herausbrechen konnte. Seither kontrolliert sie wieder gemeinsam mit zwei fundamentalistisch-evangelikalischen Abgeordneten von zwei Splitterparteien das Parlament.

Mendoza gründete in Vorbereitung seiner Präsidentschaftskandidatur das Movimiento Esperanza (Bewegung Hoffnung), eine soziale Bewegung für mehr Transparenz und neue Formen der Bürgerbeteiligung, die vor allem der Korruption den Kampf angesagt hat. Dabei vertritt er kein klar linkes Programm. Er ist den Herrschenden aber ein Dorn im Auge, da er im Falle eines Wahlsieges auf jeden Fall ein offenes Ohr für die sozialen Bewegungen und die politische Linke hätte. Mittlerweile ist diese Tendenz zur Mehrheitsströmung in der PAC geworden. Dem Movimiento Esperanza fühlen sich mindestens 41 der 80 Deputierten des Parteienkonvents zugehörig. Dieses hat bisher den Präsidentschaftskandidaten der PAC nominiert. Nun ist es aber ausgerechnet Mendoza, der fordert, dass der oder die PAC-Kandidat(in) von der Bevölkerung gewählt werden soll. Ein Verfahren, welches vermutlich zum Vorteil von Epsy Campbell wäre. Juan Carlos Mendoza macht sich unterdessen stark für eine Mitte-Links-Koalition, welche von der Linkspartei Frente Amplio unterstützt wird. Da so eine Allianz bis August 2013 vom obersten Wahlgremium registriert werden müsste, ist es aber fraglich, ob das auch im Falle der Nominierung von Mendoza als Präsidentschaftskandidat noch machbar wäre.

ERSTMALS CHANCEN FÜR DIE LINKE

So stark wie nie zuvor in Costa Rica präsentiert sich indes die politische Linke im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen. Seit den 1980er Jahren fand sich unter den insgesamt 57 Parlamentsabgeordneten in Costa Rica immer mal wieder auch ein Vertreter einer linken Formation. Aber bis zur Legislaturperiode 2006–2010 konnte dieser weder einen nennenswerten Einfluss erringen noch die Bedeutung einer linken Parteioption stärken. Das änderte sich teilweise mit José Merino (verstorben am 8. Oktober 2012). Dieser hatte in der Hauptstadt San José ein Mandat für die Frente Amplio errungen und verstand sich als Sprachrohr der außerparlamentarischen Bewegung. Am Ende gewann Merino, der auch junge Menschen begeisterte, so viel Vertrauen, dass die Frente Amplio 2010 als erste costaricanische Linkspartei auf nationaler Ebene zur Wahl antreten und ihr Ergebnis verdreifachen konnte.

Ihr Abgeordneter, der sie seit 2010 im Parlament vertritt, ist der junge Anwalt und Umweltaktivist José María Villalta. In den vergangenen vier Jahren hat er sich mit seinen zahlreichen Initiativen und seinem großen Engagement einen Namen gemacht wie kein Linkspolitiker vor ihm. So tritt er entschieden gegen Korruption und gegen Megabauprojekte ein, kämpft für einen Mindestlohn, für die Umsetzung des TECOCOS-Gesetzes zum Schutz der Küstengemeinden und für einen ökologisch-sozialen Umbau der Gesellschaft Costa Ricas. Mit ihm

hat sich auch das Verhältnis der Partei zu sozialen Bewegungen gewandelt, da diese nun mit wesentlich mehr Respekt behandelt werden. Als Villalta im März 2013 seine Präsidentschaftskandidatur bekanntgab, berichteten selbst costaricanische Massenmedien einigermaßen fair darüber. In einer Umfrage des Tageszeitung *La Republica* belegte er sogar, wenn auch mit deutlichem Abstand (etwa 10 Prozent), den zweiten Platz in der Wählergunst hinter Johnny Araya (PLN). Dies war für das politische Costa Rica eine kleine Sensation, denn in den vergangenen Jahrzehnten fanden die linken Präsidentschaftskandidaten nicht einmal Erwähnung in den Medien.

Ihrem Selbstverständnis nach ist die Frente Amplio eine demokratisch-sozialistische Partei. Zudem beruft sie sich auf Traditionen der kommunistischen Bewegung in Costa Rica. In ihrer aktuellen Wahlkampagne, die unter dem Motto «Hay Esperanza!» («Es gibt Hoffnung!») steht, betont sie zum einen die Notwendigkeit, die Korruption im Land zu bekämpfen, etwa durch den Aufbau eines Systems zur Kontrolle von öffentlichen Ausschreibungsverfahren, zum anderen verspricht sie, den Sozialstaat und seine Institutionen zu stärken. Aber auch die Forderung nach einer Energiewende, das heißt einer deutlichen Abkehr von der Energieproduktion aus Rohöl im «grünen» Costa Rica, ist Teil ihres Wahlprogramms. Alles Punkte, bei denen es eine große Übereinstimmung mit den Vorstellungen von Juan Carlos Mendoza, Präsidentschaftskandidat der Partei der Bürgeraktion (PAC), gibt, dem aber eine klare sozialistische Perspektive fehlt. Diese fordert die trotzkistisch-morenistisch¹¹ ausgerichtete Partido de los Trabajadores rund um den Akademiker und Gewerkschafter Hector Monestel ein, die erstmals die Einschreibung ins Wahlregister schaffte, was in Costa Rica mit hohen bürokratischen Hürden verbunden ist. Sie hofft auf ein Abgeordnetenmandat, auch wenn das nicht sehr realistisch erscheint. Primäres Ziel der Frente Amplio ist es indes, bei den Wahlen 2014 ihre Anzahl der Parlamentssitze auf fünf zu erhöhen.

Erstmals in der Geschichte der «Zweiten Republik» Costas Ricas sind linke Parteien bei Präsidentschaftswahlen also nicht vollkommen aussichtslos. Nach den Umfrageergebnissen einer bürgerlichen Zeitung ist es sogar denkbar, dass es zu einer Stichwahl zwischen dem Kandidaten der Regierungspartei PLN und dem Vertreter der linken Frente Amplio, José María Villalta, kommen könnte. In dem kleinen Land Costa Rica würde dies für die Linke ganz neue Perspektiven aufzeigen und die Chance bedeuten, völlig neue Fragen und Themen auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Torge Löding leitet das Regionalbüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Mexiko-Stadt.

¹¹ Die Bezeichnung morenistisch geht auf Nahuel Moreno (1924–1987), einen argentinischen Vordenker des lateinamerikanischen Trotzkismus, zurück.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Juni 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling